

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 6. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. September 2005, um 14 Uhr
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Rolf Fischer (SPD)

i. V. von Detlef Buder

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck	4
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/16	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Umdruck 16/225	
2. Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2004/05	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/170	
3. Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen	9
Drucksachen 16/12, 16/107, 16/129, 16/136 und 16/138 hierzu: Umdruck 16/243	
4. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/16

(überwiesen am 27. Mai 2005 an den **Bildungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/225

hierzu: Umdrucke 16/89, 16/90, 16/101, 16/103, 16/109, 16/110, 16/111,
16/115, 16/123, 16/124, 16/134, 16/146, 16/183

M Austermann legt dar, die Landesregierung sei sich mit dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein einig, die Rechtsmedizin in Kiel zu konzentrieren und die Prosektur in Lübeck zu erhalten. Im Übrigen werde das Wissenschaftsministerium im Dialog mit dem Innen- und Justizministerium versuchen zu erreichen, dass diese einen Teil der Kosten für von Polizei oder Justiz veranlasste Untersuchungen übernehmen. Bei Umsetzung der Maßnahmen könne das jährliche Defizit von gegenwärtig über 800.000 € halbiert werden. Die Professur für Rechtsmedizin solle möglichst zeitnah ausgeschrieben und wieder besetzt werden.

Abg. Dr. Klug setzt sich weiter dafür ein, die Laborkapazitäten an beiden Universitätsstandorten zu erhalten. Er weist auf den Stellenwert und die Qualität des gerade evaluierten Faches Rechtsmedizin für die Mediziner Ausbildung ebenso hin wie auf die Bedeutung der örtlichen Präsenz der Rechtsmedizin für Polizei und Justiz. Die Einschränkungen für Wissenschaft, Polizei und Justiz wögen schwerer als eine mögliche und in der vorausgesagten Größenordnung fragwürdige Einsparung.

Abg. Weber vertritt unter Hinweis auf den Antrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 16/225, die Auffassung, dass mit der vorgeschlagenen Lösung weder die Qualität von Forschung und Lehre noch von Laboruntersuchungen abgebaut werde. Ziel müsse es sein, das Defizit des UK S-H zurückzufahren und die Arbeit so effizient und kostensparend wie möglich zu organisieren.

Abg. Herbst macht darauf aufmerksam, dass die Frage der zeitlichen und örtlichen Verfügbarkeit nicht unmittelbar mit der Frage des Standorts der Rechtsmedizin zusammenhänge und im Norden und Westen des Landes schon jetzt keine entsprechenden Kapazitäten vorgehalten würden.

In alternativer Abstimmung erhält der FDP-Antrag, Drucksache 16/16, die Stimme der FDP, der Antrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 16/225, die Stimmen von CDU und SPD; Abg. Hentschel enthält sich der Stimme.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2004/05

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/170

(überwiesen am 2. September 2005 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

M Erdsiek-Rave führt in den Bericht zur Unterrichtsversorgung ein, der in erster Linie Aussagen zur quantitativen Entwicklung im Schulbereich mache. Durch eine Reihe von Maßnahmen, die im Bericht aufgeführt sind, sei es gelungen, das Unterrichtsvolumen dem wachsenden Bedarf anzupassen. Die Schülerzahlen würden in den kommenden Schuljahren in den allgemeinbildenden Schulen erstmals wieder zurückgehen, in den berufsbildenden Schulen allerdings weiter steigen. Der Parameter „Unterrichtsstunden je Schüler“ sei nahezu stabil geblieben, ebenso die durchschnittlichen Klassenfrequenzen. Mit Ausnahme der Hauptschule lägen in allen Schularten die Werte der Unterrichtsstunden nach Stundentafel deutlich über dem unteren Wert der Bandbreite und die Werte der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden überschritten den oberen Bandbreitenwert. Besonders erfreulich sei die Entwicklung der Zahl der Zurückstellungen und vorzeitigen Einschulungen.

Abg. Hentschel bittet darum, den Bericht über die Unterrichtssituation um Aussagen zum erteilten Unterricht pro Klasse im Ländervergleich sowie zur Unterrichtsversorgung der Ersatzschulen in freier Trägerschaft zu ergänzen.

Hinsichtlich des Indikators „erteilter Unterricht pro Klasse“ verweist die Ministerin auf eine entsprechende öffentlich zugängliche Tabelle der Kultusministerkonferenz. Die Aufnahme der Ersatzschulen in freier Trägerschaft in den jährlichen Bericht zur Unterrichtsversorgung bedürfe einer Beschlussfassung des Parlaments.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erklärt Frau Birkner Veränderungen in der Schülerzahlprognose der berufsbildenden Schulen mit einer neuen Bevölkerungsprognose.

Abg. Herold setzt sich dafür ein, auf die Einhaltung der Stundentafel zu achten und die Hauptschule zu stärken.

Abg. Spoorendonk fragt das Bildungsministerium nach Überlegungen, dem Anstieg der Schülerzahlen im Vollzeitbereich zu begegnen.

M Erdsiek-Rave begründet die Zunahme im Vollzeitbereich mit der negativen Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt.

Abg. Weber problematisiert die Tatsache, dass der Staat im berufsbildenden Bereich in zunehmendem Maße für Versäumnisse der Wirtschaft in der dualen Ausbildung als Lückenbüßer in die Bresche springe, was viel öffentliches Geld koste und für individuelle Lebensläufe nicht immer förderlich sei.

Abg. Dr. Klug macht darauf aufmerksam, dass nicht nur die private Wirtschaft, sondern auch der Staat Ausbildungsplätze abbaue.

Abg. Hentschel thematisiert die Einhaltung der Schulpflicht und erkundigt sich nach entsprechenden Kontrollen. Er möchte wissen, wie viele unter 18 Jahre alte Schülerinnen und Schüler aus dem allgemeinbildenden Schulwesen ausschieden und wie viele von einer anderen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schule aufgenommen würden.

Abg. Dr. Höppner gibt zu bedenken, dass Verstöße gegen die Schulpflicht statistisch schwer zu erfassen seien. Um so wichtiger seien Information, Aufklärung und gegebenenfalls Ordnungsmaßnahmen.

Die Vorsitzende greift das Anliegen von Abg. Hentschel auf, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Einhaltung der Schulpflicht überprüft und sichergestellt werden könne.

Abg. Spoorendonk problematisiert die Entwicklung der Hauptschule vor dem Hintergrund der Schulartempfehlung und des tatsächlichen Anmeldeverhaltens der Eltern.

M Erdsiek-Rave weist in diesem Zusammenhang auf die auch im Koalitionsvertrag festgeschriebene Notwendigkeit hin, Rückstufung und Sitzenbleiben nach der Orientierungsstufe und damit ein „Durchreichen zur Hauptschule“ so weit wie möglich zu vermeiden.

Abg. Dr. Klug zitiert die Aussage auf Seite 10 des Berichts, wonach bei der Wahl der weiterführenden Schule 82 % der Eltern der Schulübergangsempfehlung des Entwicklungsberichts gefolgt seien.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen

Drucksachen 16/12, 16/107, 16/129, 16/136 und 16/138

hierzu: Umdruck 16/243

Der Ausschuss beschließt, am 17. November 2005 um 14 Uhr gemeinsam mit dem Sozialausschuss sowie dem Innen- und Rechtsausschuss die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände und die Landeselternvertretung für Kindertagesstätten zu den oben aufgeführten Drucksachen anzuhören und von den in Umdruck 16/243 aufgeführten Institutionen sowie vom Landeselternbeirat für Grund-, Haupt- und Sonderschulen schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk führt Herr Schirmacher vom Sozialministerium aus, dass die Zusammenarbeit des **Internats Aumühle** und der **Sprachheilschule Wentorf** im Hinblick auf bestimmte Förderkurse beendet worden sei, was den Träger des Internats Aumühle, das Diakonische Werk, veranlasse, über eine Schließung dieser Einrichtung nachzudenken. Das Sozialministerium wolle das Know-how der Einrichtung jedoch für die Region erhalten und nun ein Angebot entwickeln.

Abg. Dr. Klug bittet um eine Erläuterung, warum die Kurse nicht fortgesetzt würden.

M Erdsiek-Rave führt aus, es gebe eine Fülle von Einzelfragen, die der Klärung bedürften. Man prüfe diese Fragen zurzeit. Eine Entscheidung erwarte sie erst 2006.

Der Ausschuss nimmt ihr Angebot an, zu der Thematik bis zur nächsten Sitzung einen schriftlichen Bericht zu erhalten.

Auf Nachfrage von Abg. Dr. Höppner bestätigt Herr Schirmacher, dass das Internat Aumühle ein unvollständiges Internat sei, das eher den Charakter eines Wohnheims habe, wohingegen der Träger der pädagogischen Maßnahmen die Staatliche Internatsschule Wentorf sei.

- b) Abg. Dr. Klug bittet darum, dass sich der Ausschuss in der nächsten Sitzung mit der aktuellen Entwicklung des dänischen Schulwesens befasse und eine Stellungnahme des Bildungsministeriums entgegennehme.

Abg. Spoorendonk teilt unter Bezugnahme auf ihre Pressemitteilung vom 21. September 2005 mit, dass der Dänische Schulverein aufgrund massiver finanzieller Schwierigkeiten zwei Schulen und drei Kindergärten werde schließen müssen.

Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuss auf Vorschlag von Abg. Hentschel überein, den Dänischen Schulverein und das Bildungsministerium bis zur nächsten Sitzung um eine Stellungnahme zur aktuellen **Entwicklung des Dänischen Schulvereins** zu bitten und das Thema in der nächsten Sitzung, am 3. November 2005, zu behandeln.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:20 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer